

FINANCIAL CRIMES

DEUTSCHLAND

C 50937 | 1/39 | SEPTEMBER / OKTOBER 2010 | DEUTSCHLAND 0,00 € | WWW.FINANCIAL-CRIMES.NET



Theorie vom größeren Idioten
Wie Goldman Sachs und Deutsche Bank auf die Krise wetteten | Seite 3

Landgier
Spekulant verschärft mit Landgeschäften Hunger | Seite 4

Reise nach Richistan
Wie Reiche reicher und Staaten ärmer werden | Seite 5



KOMMENTAR: DIE DIRIGENTEN DER FINANZMÄRKTE HABEN SICH AUS DEM DEMOKRATISCHEN MITEINANDER AUSGEKOPPELT, SCHREIBT HERIBERT PRANTL | SEITE 3

Europaweit gegen Kürzungspolitik

Attac beteiligt sich mit Bankenaktionstag

VON STEPHAN LINDNER, BERLIN

Europaweit machen soziale Bewegungen am 29. September gegen Kürzungspolitik mobil. Der Europäische Gewerkschaftsbund ruft zu einer Großdemonstration in Brüssel auf, zu der auch aus vielen deutschen Städten Busse organisiert werden. In Spanien und Griechenland sind Generalstreiks angekündigt. Und das globalisierungskritische Netzwerk Attac beteiligt sich mit einem Bankenaktionstag.

Protestiert wird gegen eine Politik, die den Krisenverursachern Milliarden zur Verfügung stellt und bei der breiten Masse drastisch spart. Bereits 2008 waren in der Europäischen Union einige Staaten Mittel- und Osteuropas zahlungsunfähig und wurden seitdem von EU und Internationalen Währungsfonds zu einem harten Sparkurs gezwungen. Im Frühjahr folgte Griechenland. Viele weitere Regierungen haben mittlerweile von sich aus drakonische Sparpakete geschmürt.

Damit bezahlen wieder diejenigen, die schon vor der Krise zu den Verlierern gehörten. Eine adäquate Beteiligung von Banken und Vermögensbesitzern ist hingegen nicht in Sicht.

Der Aktionstag liegt einen Tag vor dem ECOFIN, dem Treffen der EU-Finanzminister. Hier könnte auch eine andere Politik gemacht werden, die für eine Finanztransaktionssteuer und weniger Steuerkonkurrenz und Steuerflucht eintritt. Leider vertreten viele Regierungen aber die Interessen der heimischen Großbanken – statt die der Bürgerinnen und Bürger. Dazu gehört auch die Bundesregierung, die bei der Durchsetzung der Kürzungspolitik an vorderster Front kämpft und sich gleichzeitig gegen die überfällige Etablierung einer wirksamen Finanzsicht auf europäischer Ebene wehrt.

Bei den Verhandlungen zu Basel III, bei denen es darum geht, wie viel Eigenkapital die Banken in Zukunft vorhalten müssen, um bei der nächsten Krise nicht sofort wieder gerettet werden zu müssen, legte die Bundesregierung kürzlich sogar als einziger Staat ein Veto gegen strengere Vorschriften ein.

Attac will mit dem Bankenaktionstag den Zusammenhang zwischen Banken-Rettungspaketen, Kürzungspolitik und nach wie vor fehlender Regulierung deutlich machen. In etlichen Städten soll es kreative Protest-Besuche bei Banken geben.

Allerdings gibt es in Attac auch Skepsis gegenüber dem Motto dieses Tages. Der Europäische Gewerkschaftsbund fordert nämlich Priorität für Wachstum. Da viele in Attac die Fixierung auf Wirtschaftswachstum eher als Teil des Problems denn als Lösung sehen, ist für das nächste Jahr ein großer Kongress zum Thema Wachstum in Planung.

Gemeingefahr Großbanken

Die nächste Krise ist nur eine Frage der Zeit



VON HARALD SCHUMANN, BERLIN

Am 10. November wird es wieder geschehen. Bereits zum vierten Mal nach Ausbruch der großen Finanzkrise werden sich die Regierungschefs der G20-Staaten zu ihrem Weltgipfel versammeln, diesmal in Seoul, Südkorea. Erneut werden sie dort ihre „feste Entschlossenheit“ bekunden, die Finanzbranche künftig weltweit einer strengen Regulierung zu unterwerfen, „damit sich eine solche Krise nicht wiederholt“, wie Deutschlands Kanzlerin Angela Merkel verhielt. Und wieder wird es ein leeres Versprechen sein.

Denn gut zwei Jahre nach dem Beinahe-Zusammenbruch des globalen Finanzsystems zeichnet sich ab, dass den Regierungen der USA und der Europäischen Union die politische Kraft fehlt, die notwendigen Veränderungen gegen den Willen der großen Finanzkonzerne durchzusetzen. Zwar

haben der US-Kongress und das Europäische Parlament zuletzt umfangreiche Gesetzespakete zur Reform der Finanzaufsicht verabschiedet. Auch haben die Aufsichtsbehörden der G20-Staaten verabschiedet, dass Banken in aller Welt künftig etwa doppelt so viel Eigenkapital für Krisenzeiten vorhalten sollen wie bisher.

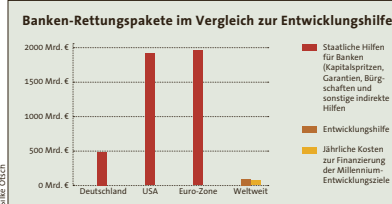
Doch mit all dem werde nur „das alte System notdürftig repariert“, befand jüngst der New Yorker Ökonom Nouriel Roubini, der schon 2006 vor dem drohenden Kollaps

gewarnt hatte. Auch Simon Johnson, der in Finanzkrisen erfahrene frühere Chef-Ökonom des Internationalen Währungsfonds, mahnte, die bisherigen Reformen seien völlig unzureichend und würden bald neue Krisen heraufbeschwören.

Insbesondere die Tatsache, dass weiterhin globale Finanzkonzerne wie Goldman Sachs, Barclays, BNP Paribas oder die Deutsche Bank mit Bilanzsummen von 1000 Milliarden Dollar und mehr uneingeschränkt operieren dürfen,

werten unabhängige Fachleute als gefährliche Fehlentwicklung. Diese etwa 40 weltweit operierenden Unternehmen mit ihren Tausenden von Tochtergesellschaften sind so komplex und über Kreditbeziehungen so mit der übrigen Finanzbranche vernetzt, dass keine Regierung deren Konkurs zulassen könnte, ohne zugleich den Zusammenbruch des Zahlungssystems und mit ihm der Wirtschaft zu riskieren. Damit genießen diese Konzerne eine implizite Staatsgarantie, und das Management kann – anders als kleinere Wettbewerber – fast beliebig hohe Mengen Kredit zum Niedrigzins aufnehmen und damit extreme Risiken eingehen, ohne die Insolvenz und die Strafe des Marktes fürchten zu müssen. Darum sei es nur eine Frage der Zeit, bis diese Unternehmen die nächste Krise verursachen, warnt Johnson.

FORTSETZUNG AUF SEITE 6



Ungerecht und ökonomisch unsinnig

Die Regierung will das Geld für die Bankenrettungen bei den Armen zurückholen – ein gefährlicher Irrweg

VON ULRIKE HERRMANN, BERLIN

Umverteilung ist ein Tabuwort in Deutschland, das noch immer an den Sozialismus gemahnt. Dabei wird permanent umverteilt – bisher jedoch von unten nach oben. Die Reichen werden reicher und die Armen ärmer, während die Mittelschicht schrumpft. Denn seit dem Jahr 2000 ist ein historisch neuartiges Phänomen in der Bundesrepublik zu beobachten: Die Reallöhne der normalen Angestellten fallen nicht nur in der Krise, sondern selbst in Zeiten des Aufschwungs. Die Arbeitnehmer müssen sich bescheiden, während die Firmengewinne explodieren.

Die Kosten der Rettung tragen hingegen die Armen. Bis 2014 will die Regierung 82

Milliarden Euro sparen. Das meiste sind Luftbuchungen, konkret wird es aber bei den Bedürftigen. Hartz-IV-Empfänger erhalten kein Elterngeld mehr, die Maßnahmen der Jobcenter sollen ebenfalls gekürzt werden. Und wer Wohngeld bekommt, muss künftig ohne Heizkostenzuschuss auskommen.

Die Bundesregierung ist nicht allein mit ihrem Sparkurs. Weltweit werden die Staatsbudgets zusammengestrichen, um die Kosten der Finanzkrise wieder herinzuholen. Und überall zeigt sich das gleiche Muster: Die Reichen werden gehont, die Mittelschicht und die Armen belastet.

Diese Politik ist nicht nur ungerecht, sondern ökonomisch unsinnig. Wer einseitig die Reichen begünstigt, steuert in den nächsten Crash. Denn während sich die unteren Schichten einschränken müssen und weniger konsumieren

FORTSETZUNG AUF SEITE 6

Das ganz andere Bankensystem

Während sich die Regierungen der EU und jenseits des Atlantiks schwer tun, Banken und Fonds ernsthaft Zügel anzulegen, sind aus der Zivilgesellschaft inzwischen eine Fülle von gut durchdachten Vorschlägen und Initiativen entstanden, die das Finanzsystem vom Kopf auf die Füße stellen wollen: weg von der Jagd nach Rekorddividenden mit gemeingefährlichen Spekulationsinstrumenten, hin zu einem Bankensystem, das den sozialen und ökologischen Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger dient. Die Financial Crimes dokumentiert einige Ansätze.

AGENDA | Seite 7, 8

REDAKTIONSSCHLUSS DIESER AUSGABE 23:55 UHR

Nettovermögen Deutschland +20 %	Durchschnittl. Reallohn in D. -2 %
6,6 Billionen €	1.324 €/Monat
Kinderarmut Deutschland: +67 %	Finanzderivate weltweit: +530 %
2,5 Millionen Kinder	687 Billionen \$
Hungerdette weltweit: +20 %	CO2-Emissionen/Jahr: +26 %
1 Milliarde Menschen	31.098 Megatonnen

Entwicklung von 2000 bis 2009

LEITARTIKEL: DEUTSCHE BANK

Dreck am Stecken

Die Deutsche Bank stellt sich gern als Hort der Stabilität umgeben von krisengeschüttelten deutschen Pleitebanken dar. Mit ökologisch modernisierten Hochhaustürmen in Frankfurt am Main und zahlreichen – unverbindlichen – Nachhaltigkeitsdeklarationen feilt sie überdies an einem sauberen Image.

Die Realität sieht anders aus. Die Deutsche Bank hat allein durch die Rettung des US-Versicherers AIG etwa neun Milliarden Dollar an US-amerikanischem Steuergeld erhalten – was ihr jenseits des Atlantiks den Ruf der Trittbrettfahrerin einbrachte. Von der Rettung der HRE, IKB und anderer Banken hier zu Lande profitierte sie, da ihr ungesicherte Einlagen in Milliardenhöhe erhalten blieben. Zusammengerechnet mindestens zwölf Milliarden Euro hat die Deutsche Bank so indirekt an staatlicher Unterstützung erhalten – bezahlt von der der Allgemeinheit. Hätte sie diese Summe 2008 abschreiben müssen, wäre die Hälfte ihres Eigenkapitals aufgezehrt worden – die Deutsche Bank hätte Insolvenz anmelden müssen.

Die Deutsche Bank hat zu Beginn der Krise Schrottpapiere verkauft und zugleich auf deren Kursverfall gewettet (siehe S. 3). Aber auch sonst ist die Geschäftspolitik der mächtigsten deutschen Bank alles andere als sauber: Die Finanzierung von Atomkraftwerken, Waffenindustrie und Bergbauprojekten, die gewaltsame Vertreibungen einschließen, gehört zu ihrem täglichen Geschäft (siehe S. 4).

Derzeit angelt die Deutsche Bank nach der Postbank. Wenn die Übernahme wie geplant stattfindet, steht der Bankensiege nach der Krise größer da als zuvor – wie bereits die Commerzbank. Und das, obwohl weltweit Experten fordern, keine Bank dürfe mehr „too big to fail“, zu groß für eine geordnete Insolvenz sein. Der nächste Crash könnte sogar so groß werden, dass Staaten ihre Banken gar nicht mehr freikaufen können – „too big to save“ wird es dann heißen.

Es wird Zeit, dass die Politik handelt und Banken kleiner macht. Diese Deutsche Bank können wir uns nicht leisten.

WEITERE ARTIKEL UND KOMMENTARE | Seite 3, 4



Abonnementenservice: www.financial-crimes.net